

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Dr. Christian Magerl, Dr. Martin Runge und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/573, 16/1245

### **Bericht zur Planung des Ausbaus der Autobahn A 8 zwischen Rosenheim und Piding**

Die Staatsregierung wird aufgefordert schnellstmöglich dem Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur und Technologie einen Bericht über den geplanten Ausbau der Autobahn A 8 zwischen Rosenheim und Piding zu geben, in dem insbesondere auf folgende Fragen eingegangen wird:

1. welche Lärmschutzmaßnahmen bislang konkret geplant wurden,
2. ob als zusätzlicher Lärmschutz streckenweise eine Beschränkung der Geschwindigkeit auf 100 km/h geplant wird,
3. welche Höhe Lärmschutzwälle im Falle des geplanten Vollausbaus maximal haben werden,
4. ob eventuelle Folgen durch das Verbauen der Aussicht durch Lärmschutzwälle für die regionale Tourismusbranche bedacht wurden und wie diese kompensiert werden,
5. welche Vorkehrungen getroffen werden, dass räumlich höher liegende Anwohner im Falle der Errichtung von Lärmschutzwänden nicht akustisch stärker als bisher belastet werden,
6. welche Maßnahmen geplant sind, um den Lärm der linken Fahrbahnen zu dämpfen, der laut Gutachten von Dr.-Ing. Ditmar Hunger (Lärmschutz- und Verkehrsplanung, Dresden) kaum durch Lärmschutzwälle kompensiert werden kann,

7. weshalb ein Bau von Standspuren, die im Bedarfsfall zugeschaltet werden würden, in Verbindung mit einem „Tempolimit“, einem LKW-Überholverbot und einfacheren Lärmschutzmaßnahmen nicht als günstigere und ebenso effektive Alternative betrachtet wird,
8. welche Veränderungen sich im Falle des geplanten Vollausbaus für den Verlauf der Trasse ergeben werden,
9. mit welchen konkreten Kosten bislang gerechnet wird und wie sich diese zusammen setzen,
10. welche der beiden nachfolgenden Aussagen der Autobahndirektion nun richtig ist: Die Autobahndirektion spricht in ihren Vorträgen von weiter steigendem Verkehrsaufkommen als Argumentation für den Vollausbau. Im Protokoll aus einer Gemeinderatssitzung in Siegsdorf wurde der Antrag an die Autobahndirektion, eine Geschwindigkeitsbeschränkung durch den Gemeindebereich einzurichten, hingegen mit der Begründung zurückgewiesen, dass das Verkehrsaufkommen rückläufig sei,
11. in welcher Relation das Unfallgeschehen zum Verkehrsaufkommen auf den Strecken von Brunntal bis zum Inntaldreieck und vom Inntaldreieck bis zur Landesgrenze Walserberg steht,
12. welche Umleitungsstrecken konkret während der Bau-phase geplant sind,
13. ob es zutrifft, dass der Regelquerschnitt von 32 Metern (RQ32) nicht zwingend auf den geplanten Ausbau übertragen werden muss,
14. welchen Ausgleich Landwirte erhalten, deren Nutzflächen oder Teile davon für den Ausbau in Anspruch genommen werden müssen, insbesondere im Hinblick darauf, wenn eine Bewirtschaftung in Folge nicht mehr rentabel ist,
15. zu welchem Zeitpunkt die Ausbau- und Grunderwerbspläne vorliegen,
16. in welcher Form die Öffentlichkeit über diese Pläne informiert werden soll.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident